

Peter Weingart
Anita Engels
Petra Pansegrau



Von der Hypothese zur Katastrophe

Der anthropogene Klimawandel im Diskurs
zwischen Wissenschaft, Politik und Massenmedien

2., leicht veränderte Auflage

Verlag Barbara Budrich



Peter Weingart • Anita Engels • Petra Pansegrau
Von der Hypothese zur Katastrophe

Peter Weingart • Anita Engels • Petra Pansegrau

Von der Hypothese zur Katastrophe

Der anthropogene Klimawandel im Diskurs
zwischen Wissenschaft, Politik und
Massenmedien

Unter Mitarbeit von Tillmann Hornschuh

2. Auflage

Verlag Barbara Budrich,
Opladen & Farmington Hills 2008

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier.

Alle Rechte vorbehalten.

© 2008 Verlag Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills
www.budrich-verlag.de

eISBN 978-3-86649-927-0

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: disegno visuelle kommunikation, Wuppertal – www.disenjo.de
Satz: R+S Beate Glaubitz, Leverkusen
Druck: paper & tinta, Warschau
Printed in Europe

Inhalt

Vorbemerkungen zur zweiten Auflage	7
Vorbemerkung zur ersten Auflage	8
0. Nach der Katastrophe	9
I. Einleitung	23
1. Klimawandel – die ultimative Katastrophe	23
2. Das Risiko der Kommunikation	25
II. Diskurse zum anthropogenen Klimawandel	33
1. Diskurse über Klimawandel	33
2. Diskursdynamiken	38
3. Der Diskurs zum anthropogenen Klimawandel in der Wissenschaft	41
Chronologie des Forschungsfeldes	44
Erste Phase (1975-1985): Anthropogener Klimawandel?	46
Zweite Phase (1986-1990): Politisierung und wissenschaftliche Schließung	49
Dritte Phase (1991-1995): Institutionalisierung und Diversifizierung der wissenschaftlichen Politikberatung	54
Diskursprofil	60
4. Der Diskurs zum anthropogenen Klimawandel in der Politik	61
Klimawandel als Problem der Politik	61
Die Politisierung des Klimawandels	64
Erste Phase (1975-1985): Skepsis und Abwehr	64
Zweite Phase (1986-1992): Katastrophismus	65
Dritte Phase (1992-1995): Überführung des Klimaproblems in einen Gegenstand politischer Regulierung	75
Diskursprofil	84
5. Der Diskurs zum anthropogenen Klimawandel in den Massenmedien	87
Die Unabhängigkeit der Medien	87
Katastrophismus im Mediendiskurs	90

Ereignishaftigkeit des Klimaproblems	96
Alltagsrelevanz des Klimaproblems	100
Diskursprofil	107
III. Diskursinterferenzen	109
IV. Die Metaphern des Klimas	113
1. Die Funktion der Metaphern	113
2. Metaphorisches Szenario ‚Katastrophe und Untergang‘	115
Die Katastrophenmetapher	116
Die Untergangsmetapher	118
Wahrscheinlichkeit der eintretenden Katastrophe	119
Spürbarkeit der Katastrophe	120
3. Metaphorisches Szenario ‚Überhitzung‘	122
Wärme	122
Hitze und Überhitzung	124
4. Metaphorisches Szenario ‚Krieg und Revolution‘	126
Kriegerische Situationen und Auseinandersetzungen	127
Revolution und Utopie	130
5. Metaphorisches Szenario ‚Bibel und Verkündigung‘	131
Sintflut und Apokalypse	131
Prophezeiung	133
Bibel- und Religionsmetaphern	135
6. Katastropheninstanzen und Mythosproduzenten	136
7. Die Bedeutung metaphorischer Szenarien im Katastrophendiskurs	138
V. Skeptische Kommunikation in der Klimadebatte <i>(Tillmann Hornschuh)</i>	141
1. Zweifel an der Wissenschaft	141
2. Sachkritik und Bewertung der Klimaforschung	144
3. ‚Backlash‘ als Erklärungsmuster	149
VI. Kommunikation und Distanz	155
VII. Literatur	161
VIII. Anhang	171
1. Methodisches Vorgehen der Diskursanalyse	171
2. Materialbasis der Diskursanalyse	174

Vorbemerkung zur zweiten Auflage

Die Idee zu einer Neuauflage dieses Buchs entstand im Frühjahr 2007, als uns anlässlich der Veröffentlichung des neuen IPCC – Berichts eine Vielzahl von Anfragen vor allem der Medien erreichte. Je intensiver die Debatte sich entwickelte, umso weniger plausibel war es jedoch, die Neuauflage ohne jeden Bezug auf die aktuelle Diskussion herauszubringen. So haben wir uns schließlich entschlossen, diese wenigstens einer kurzen Analyse zu unterziehen, auch wenn sie nicht die gleiche Ausführlichkeit haben kann, wie die erste Untersuchung. Der Ertrag hat den Aufwand und die zeitliche Verzögerung gerechtfertigt. Nicht nur können wir uns in den Befunden der ersten Untersuchung (und damit in der Entscheidung für die Neuauflage) bestätigt sehen. Der schnelle Blick auf die aktuelle Diskussion lässt darüber hinaus auch ein neues Stadium ihrer Entwicklung erkennen.

Wir danken Barbara Budrich für die Bereitschaft, das Buch neu aufzulegen sowie Gerrit Frerich für die Hilfe bei den Medienrecherchen.

Im Juli 2007

Peter Weingart, Anita Engels, Petra Pansegrau

Vorbemerkung zur ersten Auflage

Viele Personen und Organisationen haben die Durchführung dieses Vorhabens begleitet und unterstützt. Ihnen sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Das Projekt „Klimakommunikationen“ ist im Rahmen des DFG-Schwerpunktprogramms „Mensch und globale Umweltveränderungen: Sozial- und verhaltenswissenschaftliche Dimensionen“ (1995-2000) gefördert worden (We 972/7-1,2,3). Der interdisziplinäre Austausch innerhalb des Schwerpunktprogramms ermöglichte viele anregende und konstruktive Diskussionen. Das Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF) der Universität Bielefeld förderte zwei Workshops, von denen der erste im September 1995 das Projektvorhaben einem internationalen Fachpublikum vorstellte. Der zweite fand im Januar 1999 statt und stellte die Projektergebnisse einem breiteren Publikum aus Wissenschaft, Politik und Medien vor. Den Teilnehmern beider Workshops sei nachträglich für ihre Bereitschaft gedankt, unsere Beobachtungen und Schlussfolgerungen kritisch zu kommentieren. Georg Krücken hat das Manuskript kritisch gelesen und manche Korrektur und Verbesserung bewirkt. Wir danken den von uns interviewten Wissenschaftlern für ihre Offenheit und Auskunftswilligkeit. An der Überarbeitung und Fertigstellung des Manuskripts waren in unterschiedlichen Phasen Tina Ruschenburg, Anna Kosmützky und Dagmar Rüger beteiligt. Ohne diese Unterstützung hätte das Buch nicht in der jetzigen Form erscheinen können. All diesen Personen und Organisationen sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Wir haben das Buch in der Hoffnung geschrieben, einen Beitrag zur gesellschaftlichen Kommunikation ökologischer Risiken zu leisten. Noch verbleibende Fehler, Auslassungen und Ungenauigkeiten liegen selbstverständlich in unserer eigenen Verantwortung.

Bielefeld, im November 2001

Peter Weingart, Anita Engels, Petra Pansegrau

0 Nach der Katastrophe

Im April 2007 beschäftigte sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf Druck Großbritanniens erstmalig mit der Frage, welche Gefahren für den Weltfrieden durch die zunehmende Erwärmung der Erde entstehen. In Deutschland folgte auf einen warmen Winter der wärmste und trockenste April seit über 100 Jahren; in den Wirtschaftsressorts wurden Preissteigerungen auf Grund der Dürre antizipiert. Der vierte Bericht des Weltklimarates IPCC wurde in drei Etappen im Februar, April und Mai 2007 der Öffentlichkeit präsentiert und erhielt so viel Medienaufmerksamkeit wie nie zuvor. Diese und andere Ereignisse des Diskurses über den anthropogenen Klimawandel geben Anlass, über die Aktualität und Angemessenheit der vorliegenden und 2002 erstmalig komplett veröffentlichten Studie nach zu denken. Haben die Ergebnisse von damals heute noch wie vor Bestand? Was zeichnet den Klimadiskurs zu Beginn des neuen Jahrtausends aus?

Als wir die vorliegende Untersuchung durchgeführt haben, beendeten wir sie mit einem Kapitel über skeptische Kommunikation in der Klimadebatte. Damals erschien dieser Schritt angemessen, da nach der hohen Aufmerksamkeitswelle für die Thematik in Deutschland Ende der 1990er Jahr ein deutlicher Abschwung zu bemerken war – und damit einher gehend ein Aufleben der skeptischen Stimmen im massenmedialen Diskurs. Im Unterschied zu den USA hatten ausgesprochene Klimaskeptiker – d.h. Experten, die die Hypothese von einem anthropogenen Klimawandel ablehnen und die Glaubwürdigkeit der Klimaforschung in Frage stellen – in den deutschen Massenmedien vergleichsweise geringe Chancen, sich diskursiv durchzusetzen. Wir hielten es zum damaligen Zeitpunkt jedoch durchaus für möglich, dass Klimaskeptiker auch in Deutschland vorübergehend stärker Fuß fassen könnten. Selbst bei ökologisch aufgeschlossenen Leserschaften war eine gewisse „Katastrophenmüdigkeit“ nicht zu übersehen. „Den Meteorologen ist die Katastrophe abhanden gekommen“, schlussfolgerte ein Artikel in DIE ZEIT am 25.07.1997. Zu Beginn des neuen Jahrtausends überwogen zudem andere Themen in der Berichterstattung: Terrorismus und Arbeitslosigkeit schienen allemal eine unmittelbarere Bedrohung darzustellen als ein zukünftiger Klimawandel, auch wenn die Forschung seit längerem zu der Aussage übergegangen war, dass der Klimawandel bereits begonnen habe.

Spätestens Anfang 2007 flammte das Interesse der Medien und der Öffentlichkeit am anthropogenen Klimawandel im Zusammenhang mit ungewöhnlich warmem Winter- und Frühjahrswetter und mit der Veröffentlichung der drei Teilberichte des vierten IPCC Berichts jedoch wieder auf. Bevor wir auf den Verlauf der Aufmerksamkeit in den Medien im Einzelnen eingehen, soll ein Blick auf einschlägige Meinungsumfragen geworfen werden. Das in der Medienberichterstattung feststellbare erhöhte Aufmerksamkeitsniveau (s.u.) wird von den Meinungsumfragen nämlich bestätigt. Eine Umfrage der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg von 2001 war den differenzierten Ausprägungen der Wahrnehmung bei einem repräsentativen Sample von 1500 Befragten nachgegangen. Dabei wurde festgestellt, dass die Hälfte der Bevölkerung den Klimawandel als potenziell katastrophales Risiko sieht (vor BSE und Kernkraft). Allerdings wurde ihm damals – „wegen des aufgeschobenen Schadenseintritts – ...nur geringe Dringlichkeit“ zugeschrieben (Zwick 2001, 31). In den folgenden Jahren ist jedoch mit dem allgemeinen „Gefahrenbewusstsein für Großrisiken“ auch die Wahrnehmung der Gefahr einer Klimaveränderung angestiegen (Kuckartz/Rheingans-Heintze 2006, 155). Auf die Frage, ob sie überzeugt seien, dass die von den Klimaforschern prognostizierten Klimaveränderungen eintreten werden, antworteten 2004 7% mehr als 2002, sie seien „voll und ganz überzeugt“ (34% gegenüber 27%). Zusammen mit den „ziemlich überzeugten“ (51%: 50%) stellt die Gruppe der ‚voll und ganz‘ bzw. ‚ziemlich‘ überzeugten in 2004 85% der Befragten. Demgegenüber ist der Anteil der Skeptiker („wenig überzeugt“ bzw. „überzeugt nicht überzeugt“) von 23% (2002) auf 15% (2004) gesunken (Kuckartz/Rheingans-Heintze 2006, 156).

Das lässt die Grundproblematik der 1990er Jahre erneut aufscheinen. Viele Berichte gehen erneut von der kommenden Katastrophe oder gar dem drohenden Weltuntergang aus. Während in unserer ursprünglichen Untersuchung gezeigt werden konnte, dass die Katastrophenrahmung des massenmedialen Diskurses vor allem zur Herstellung von Gewissheit diene, hat sich diese Darstellung inzwischen deutlich verändert. Die Gewissheit des Klimawandels muss nicht mehr medial hergestellt werden, sie wird sowohl vom wissenschaftlichen als auch vom massenmedialen Diskurs unterstellt – die eigentliche Katastrophe bleibt jedoch aus. Das stellt die Berichterstattung vor eine neue Problematik: wenn sich der Mediendiskurs in einem festen Schema, dem Katastrophendiskurs, eingerichtet hat, stellt sich die Frage: was kommt nach der Katastrophe?

Wir haben als Kernproblem für den gesellschaftlichen Umgang mit Katastrophenwarnungen die inhärente Ungewissheit herausgestellt und daraus die Glaubwürdigkeitsproblematik abgeleitet, die unsere Untersuchung wie ein roter Faden durchzieht. „Alles hängt davon ab, ob der Quelle, von der die Warnung stammt, Glauben geschenkt werden kann oder nicht.“ (S. 24). Dieser Zusammenhang ist nach wie vor zu beobachten. Zwar konnte unsere Analyse zeigen, dass in Deutschland früher als in anderen Ländern (insbesondere im

Vergleich mit den USA) eine diskursive Schließung stattgefunden hat, so dass an der Realität des drohenden Klimawandels nicht mehr wesentlich gezweifelt wird. Jedoch wird auch mit wachsender Gewissheit die Gesellschaft nicht von der Grundproblematik erlöst, dass schwerwiegende politische Entscheidungen auf der Grundlage wissenschaftlicher Ungewissheit getroffen werden müssen. Im Gegenteil: Je ernsthafter der Klimawandel in den politischen Institutionen verarbeitet wird, desto ängstlicher wird die Frage gestellt, nur nicht mehr bezogen auf die Kernhypothese, sondern vielmehr bezogen auf die konkret zu erwartenden Klimafolgen (wo, wann, wie?) und auf finanzierbare Maßnahmen, die den Treibhausgasausstoß langfristig eindämmen. In der aktuellen Medienberichterstattung findet sich das Dilemma an vielen verschiedenen Beispielen wieder: Die Kosten des Klimawandels, ihre regionale Verteilung, geeignete Anpassungsmöglichkeiten, der Einsatz der Kernenergie zur Vermeidung von CO₂-Emissionen und so weiter.

Um die oben genannten Fragen zu beantworten, werfen wir zunächst einen kurzen Blick auf die Fortsetzung der jeweiligen Klimadiskurse, wie sie seit Mitte der 1990er Jahre zu beobachten waren. Wir weisen ausdrücklich daraufhin, dass es sich dabei nicht um eine ähnlich umfangreiche und rigide Diskursanalyse handelt, wie wir sie für die ersten beiden Jahrzehnte durchgeführt haben. Dazu hätte es einer vollständig neuen Untersuchung bedurft. Stattdessen überprüfen wir exemplarisch, inwiefern typische Muster der diskursiven Verarbeitung nach wie vor vorhanden sind, und welche Schlüsse wir aus diesen Beispielen über die Weiterentwicklung der Klimadiskurse in Deutschland ableiten können.¹

Der wissenschaftliche Diskurs

Der wissenschaftliche Diskurs ist noch viel stärker als in den 1990er Jahren um die Berichte des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) herum organisiert. Das ist diejenige Versammlung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die im Auftrag der Regierungen regelmäßig eine autoritative Einschätzung des Standes der Forschung erstellt und dabei eine Einschätzung der Gefährdung durch anthropogenen Klimawandel liefert. Im wissenschaftlichen Diskurs, der in den Berichten des IPCC gebündelt wird, hat in den vergangenen Jahren eine zentrale Verschiebung stattgefunden: die Experten gehen zunehmend davon aus, dass der anthropogene Klimawandel keine abstrakte mögliche Zukunft mehr ist, sondern bereits eingesetzt hat und mit vorhandenen Methoden auch bereits nachgewiesen werden kann. Dafür zeugen nicht nur die Berichte des IPCC, sondern auch andere wissenschaftliche Publikationen, die in den wichtigsten Fachzeitschriften veröffentlicht

1 Wir danken Gerrit Frerich für zahlreiche unterstützende Tätigkeiten bei der Recherche und Auswertung der aktuellen Daten.

werden, wie eine Meta-Analyse nachweist (Oreskes 2004). Wandel wird nicht mehr als etwas behandelt, was mit den geeigneten politischen Maßnahmen noch verhindert werden kann. Das Klima wird nicht stabil sein, es wird sich auf Grund der menschlichen Emissionen wegen der Trägheit des Systems ohnehin ändern. Es kann möglicherweise verhindert werden, dass der Wandel zu abrupt wird bzw. bestimmte Schwellenwerte übersteigt. Für verschiedene Emissionsszenarien ergeben sich unterschiedliche Projektionen der zu erwartenden CO₂-Konzentrationen in der Atmosphäre und entsprechend höhere globale Durchschnittstemperaturen. Selbst bei einer Stabilisierung aller Treibhausgas-Konzentrationen auf dem Niveau von 2000 gilt eine weitere Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur um 0.1°C pro Dekade als hochwahrscheinliche Entwicklung (IPCC 2007: 12). Alle darüber hinaus gehenden Emissionsszenarien, die im IPCC thematisiert werden, bedeuten nach Einschätzung der Wissenschaftler Temperaturerhöhungen von 1.8°C-4°C, wobei jeweils größere Intervalle von 1.1°C-6.4°C als wahrscheinliche Bandbreite angegeben sind (IPCC 2007: 13).

In der deutschen Forschungslandschaft ist die rechnerbasierte Klimaforschung einerseits weiter ausgebaut worden, andererseits aber auch unter legitimatorischen Druck geraten. In dem Maße, wie Förderorganisationen jenseits der unmittelbaren Grundlagenforschung von der Realität des Klimawandels ausgehen, wird es unbedeutender, ob man die globalen Entwicklungen mit noch größerer Präzision (d.h. mit noch größerer Computer-Kapazität) modellieren kann. Stattdessen rücken die Fragen nach den regionalen und lokalen Klimafolgen in den Vordergrund sowie die Möglichkeiten der Anpassung an Klimaveränderungen und die Möglichkeiten der CO₂-Reduzierungen. Fördermaßnahmen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung belegen dies eindrücklich (BMBF 2007). Diese Fragen werden allmählich auch im wissenschaftlichen Diskurs in Deutschland thematisiert.

Der politische Diskurs

Aus einer Reihe von möglichen Emissions- und Temperaturszenarien ist 1996 bereits innerhalb der Europäischen Union eine Zahl herausgegriffen worden, die zum Klimaschutzziel der EU wurde. In einem komplexen politischen Prozess ist eine Festlegung darauf erfolgt, dass 2° C eine globale Temperaturerhöhung darstellt, die politisch gerade noch akzeptierbar ist. Dem liegen die Szenarien des IPCC zugrunde, die davon ausgehen, dass die Anpassungsfähigkeit in einem begrenzten Temperaturanstieg noch gewährleistet werden kann, da die negativen Klimafolgen für die Gesellschaft vermutlich noch keine katastrophalen Ausmaße annehmen werden. Der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltfragen (WBGU) formulierte das in einem Sondergutachten von 1995 als tolerierbares Temperaturfenster (WBGU 1996: 8). Die Verengung eines wissenschaftlich definierten „Fensters“ auf eine ein-

deutige Temperaturvorgabe von 2° C entspricht den Besonderheiten des Politikdiskurses, in dem Eindeutigkeit der Ziele die Durchsetzung von Handlungsprogrammen wesentlich erleichtert. Zum einen wird damit an das formelhafte Faktenwissen angeknüpft, das wir bereits als typisch für den Klimadiskurs im deutschen Parlament herausgestellt haben (s. Kap. II.4.). Zum anderen wird damit aber auch eine interessante Transformation vollzogen: Aus einem unvermeidlichen Übel (ein Klimawandel, der nicht mehr verhindert werden kann) ist ein politisches Ziel geworden, das Handlungsfähigkeit sicherstellt, obwohl der selbstverursachte Klimawandel bereits eingesetzt hat. Schließlich suggeriert das eindeutig formulierte Temperaturziel eine Steuerbarkeit des Klimasystems, die der wissenschaftlichen Sichtweise entgegensteht. Allerdings handelt es sich bei der diskursiven „Herstellung von Regulierbarkeit“ um ein typisches Muster des Klimadiskurses in der Politik, das wir bereits für die erste Hälfte der 1990er Jahre feststellen konnten (s. Kap. II.4.).

Erst seit etwa 2005 schlägt sich die Zielvorgabe eines tolerierbaren Temperaturanstiegs jedoch auch in Handlungsprogramme nieder, die sich der Stärkung der Anpassungsfähigkeit an die in Deutschland zu erwartenden Klimafolgen widmen. Nach wie vor richtet sich der größte Teil der politischen Aufmerksamkeit auf den Bereich der Mitigation, also der Treibhausgas-Eindämmung und damit der Möglichkeiten der Minderung des zukünftigen Klimawandels. Ebenfalls typisch für den Politikdiskurs ist dann, dass ein hektischer Aktivismus entfaltet wird, wenn sich wieder einmal ein Aufmerksamkeits-Höhepunkt für Klimawandel in den Medien abzeichnet. In der ersten Jahreshälfte 2007 war das gut zu beobachten, als Tempolimit, Einschränkung oder Besteuerung von Flugreisen und ein allgemeiner Klimacheck für alle Gesetze, die den Bundestag passieren, als unmittelbarer Beitrag zum Klimaschutz gefordert wurden. Unterhalb der Geschäftigkeit auf dieser Diskursebene ist zur Zeit das zentrale politische Instrument, das zur Umsetzung der Klimaschutzziele eingesetzt wird, der neu geschaffene europäische Emissionshandel. Dabei handelt es sich um eine europäische Vorgabe, die im deutschen Kontext nur gegen großen Widerstand umgesetzt werden konnte. Trotz der großen Bedeutung, die dem Klimaschutz in der deutschen Politik immer wieder zukommt, ist es daher erstaunlich zu sehen, dass die zentralen Politikinstrumente nicht auf Initiative der deutschen Politik zustande kommen (Engels 2006). Bezeichnend dafür ist, dass der Emissionshandel in Deutschland lange Zeit in allen von uns beobachteten Diskursen wenig beachtet wurde und nur in seltenen Fällen eine enge Verknüpfung mit anderen Teilsträngen der Klimadiskurse erfolgt ist (vgl. weiter unten die Darstellung des Mediendiskurses).

Der mediale Diskurs

Eine aktuelle Studie weist nach, dass in Deutschland zwischen 1994 und 2004 die Medienaufmerksamkeit für Klimawandel keineswegs nachgelassen hat, sondern die Zahl der Artikel insgesamt sogar gestiegen ist (Grundmann 2007). Das wird durch die Untersuchung der Aufmerksamkeitsverläufe in einigen Medien (FAZ und SPIEGEL sowie zum Vergleich die führenden internationalen Wissenschaftszeitschriften NATURE und SCIENCE) bestätigt.

Abbildung 1 zeigt die vier Aufmerksamkeitsverlaufskurven im Zeitraum von Januar 1997 bis einschließlich März 2007 (bzw. beim SPIEGEL 1999-2007).

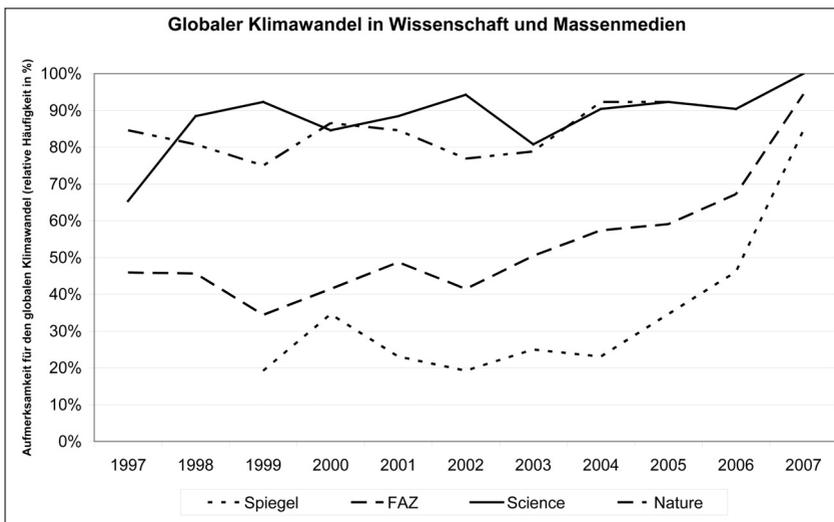


Abb. 1: Aufmerksamkeitsverläufe Wissenschaftsmagazine und Massenmedien im Vergleich²

Die Aufmerksamkeit in den Wissenschaftsmagazinen „Science“ und „Nature“ verläuft im gesamten Untersuchungszeitraum auf sehr hohem Niveau. Durchschnittlich mehr als vier von fünf Ausgaben behandeln in einem oder mehreren Artikeln das Thema „climate change“.

2 Für Abbildung 1 wurde die Anzahl der Ausgaben, in denen das Thema anthropogener Klimawandel behandelt wurde, an der Gesamtzahl der pro Jahr erschienenen Ausgaben relativiert. Die FAZ wird an 305 Tagen pro Jahr herausgegeben, die Zeitschriften SPIEGEL, NATURE, SCIENCE und die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung jeweils an 52 Tagen. Für das untersuchte Quartal im Jahre 2007 standen demgemäß insgesamt 89 Ausgaben der FAZ und der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (77 bzw. 12) zur Verfügung und je 13 von SPIEGEL, SCIENCE und NATURE.

Die Kurve des SPIEGEL zeigt im Unterschied dazu im Verlauf einen markanten Anstieg im Jahr 2000, sinkt dann auf ein niedrigeres Niveau ab, auf dem es drei Jahre fast unverändert verbleibt, um dann ab dem Jahr 2005 stetig anzusteigen. Die kontinuierliche Berichterstattung über das Thema basiert zumeist auf der Interpretation vermeintlicher Klimaänderungssignale kurzfristiger Wetterereignisse, der Hypothese von dem anthropogenen Klimawandel zustimmende oder widersprechende mehr oder weniger neue Forschungsergebnisse oder auf der Erörterung aktuell debattierter politischer Maßnahmen. Die signifikanten Zunahmen des Medieninteresses entstehen größtenteils aus der Resonanz auf Großereignisse der internationalen Politik oder der internationalen Wissenschaft, den stattfindenden Verhandlungen des Klimaregimes COP (Conference of the Parties, Vertragsstaatenkonferenz) und den Metastudien des IPCC.

Das so genannte Kyoto-Protokoll, das Zusatzprotokoll zur internationalen Rahmenkonvention, ist Ergebnis jahrelanger Verhandlungen der Vertragsstaatenkonferenz (COP). Dem Beschluss, der erstmals völkerrechtlich verbindliche Handlungsziele und Umsetzungsinstrumente für den globalen Klimaschutz vorschreiben soll, wird 1997 in den Medien große Aufmerksamkeit zuteil, ebenfalls den gescheiterten Vorverhandlungen zu seiner Ratifizierung 2000 in Den Haag und seinem folgenreichen Inkrafttreten (Emissionshandel und Reduktionsverpflichtungen) im Jahr 2005 (interessanterweise erlangt die Ratifizierung 2002 keine herausragende Aufmerksamkeit im SPIEGEL).

Im Jahr 2006 erlangt das Thema offensichtlich eine neue Brisanz, als der Stern-Report von der britischen Regierung mit einer weltweiten Medienkampagne vorgestellt wird und nun die Kosten des Klimawandels in den Vordergrund der Untersuchung gerückt hat (Stern 2006). Dies wurde im Vorfeld der Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen in Nairobi inszeniert, die im Zeichen der Verhandlungen über ein Kyoto-Nachfolgeregime stand.

Der extreme Anstieg der Berichterstattung im Frühjahr 2007 ist auf die Resonanz auf den jüngsten vierten IPCC-Report zurückzuführen. Es muss darauf hingewiesen werden, dass diese aktuelle Entwicklung sicher nicht die des Gesamtjahres 2007 repräsentieren wird.

Im Vergleich zur Kurve der FAZ erscheint die des SPIEGEL kontrastreicher. Dies ist bei der FAZ ihrem Charakter als Tageszeitung geschuldet, die im Prinzip jede Agenturmeldung verarbeitet.³

Es handelt sich im Fall des Klimawandels also nicht um an- und ab-schwellende Aufmerksamkeitszyklen, sondern jenseits der großen Titel-Sto-

3 Methode: FAZ: FAZ-CD ROM „Klima, Umwelt, Wetter“ mit Keywords: klima* ODER ipcc* ODER treibhaus* ODER *emissionen ODER co2* ODER kohlendioxid* ODER rio* ODER kyoto* ODER "globale erwärmung". 3394 Zeitungen, 1878 Ausgaben. Der Spiegel: LexisNexis mit Keyword: Klimawandel NICHT leserbriefe NICHT inhaltsverzeichnis NICHT spiegel tv (vorrecherchiert). 185 Artikel, 128 Ausgaben Science: Homepage mit keyphrase: „climate change“ 1905 Artikel, 454 Ausgaben. Nature: Homepage mit keyphrase: „climate change“ 1383 Artikel, 492 Ausgaben.

ries hat das Klimathema in zahlreiche Themenbereiche Eingang gefunden und erlebt dort eine dauerhafte Präsenz. Befördert wurde die allgemeine Aufmerksamkeit sicherlich auch durch einige Kino-Filme, die in den vergangenen Jahren die Thematik aufgegriffen haben. „The day after tomorrow“ war der reißerische Kassenschlager, in dem 2004 die gesamte Nordhalbkugel der Erde in Eis und Chaos versank. Wenige Jahre später kam mit „Eine unbequeme Wahrheit“ sogar ein dokumentarischer Film in die Kinos, der das schwierige Verhältnis von wissenschaftlicher Warnung und politischer Verantwortung am Beispiel des persönlichen Karrierewegs des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten der USA, Al Gore, verdeutlicht. In vielerlei Hinsicht lassen sich die typischen Muster der massenmedialen Verarbeitung des Klimathemas auch in den vergangenen Jahren aufzeigen. Dies soll hier anhand von zwei Beispielen erfolgen.

Das erste Beispiel ist der Umgang der Massenmedien mit dem zentralen Klimaschutzinstrument der Europäischen Union des neuen Jahrtausends, dem Emissionshandel. Nachdem die EU – in Opposition zu den USA – in den Klimaverhandlungen der 1990er Jahre eine deutlich abwehrende Haltung gegenüber marktförmigen Instrumenten des Klimaschutzes an den Tag gelegt hatte, vollzog sie zu Beginn des neuen Jahrzehnts eine überraschende Kehrtwende. Nun war es die EU-Kommission, die innerhalb von nur zwei Jahren einen komplexen Richtlinienvorschlag für ein EU-weites Emissionshandelsystem ausarbeitete, das seit Januar 2005 tatsächlich in die Realität umgesetzt ist. Die seit 2002 laufenden Vorbereitungen liefen jedoch an der deutschen Öffentlichkeit weitgehend vorbei. Es gab wenige Versuche, das Thema Emissionshandel zu erklären und die genaue Funktionsweise offen zu legen, jedenfalls jenseits der Polemik über die moralische Einordnung des Instruments als moderne Form des Ablasshandels, die besonders im deutschen Diskurs immer wieder zu finden war. Das Thema galt den Medien lange Zeit als zu sperrig und zu technisch. Das änderte sich erst in einer ganz späten Phase der Umsetzung, als es nämlich um die Einigung im Kabinett der damals rot-grünen Regierung über die Zuteilung der Emissionsrechte an die deutschen Industrieunternehmen ging. Hier konnte nun endlich auf ein Schema zurückgegriffen werden, das in der Medienberichterstattung bewährt ist. Das Thema wurde aufgegriffen als personalisierter Konflikt zwischen dem damaligen Umweltminister Jürgen Trittin und dem Wirtschaftsminister Wolfgang Clement. Im Schatten dieses Konfliktes konnte en passant auch erläutert werden, worum es im Emissionshandel überhaupt geht, aber mehr noch als das Kompetenzgerangel zwischen zwei Ressorts ging es hier um eine Gegenüberstellung zweier Persönlichkeiten, die die Berichterstattung interessant machten.

Das zweite Beispiel, das kurz erwähnt werden soll, ist die gestiegene Aufmerksamkeit für den aktuellen Bericht des IPCC. Die Veröffentlichung des vierten Assessment Reports, um den es im Frühjahr 2007 ging, wurde bereits sehr medienwirksam inszeniert: an wechselnden Orten (Paris, Brüssel,

Bangkok) mit jeweils einigen Wochen Abstand in groß angekündigten Pressekongressen. Die wissenschaftliche Autorität, die von diesem Gremium ausgeht, beruht tatsächlich auf der weltweiten Beteiligung von hunderten von Wissenschaftlern mit hoher fachlicher Reputation. Für die mediale Aufbereitung war es aber dennoch notwendig, eine „lokale“ Einbettung dieser Expertise vorzunehmen. So waren als Interviewpartner besonders diejenigen Klimaexperten gefragt, die an den IPCC-Berichten beteiligt waren, gleichzeitig aber vor Ort an Forschungsinstituten beschäftigt sind. Die „eigenen“ Klimaforscher werden verstärkt herangezogen, weil durch die Nähe der Nachrichtenwert der IPCC-Veröffentlichung noch gesteigert werden kann und dadurch auch das Glaubwürdigkeitsproblem abgemildert werden kann: es handelt sich nicht um irgendwelche (welt-) fremden Forscher, sondern um diejenigen Experten, deren Forschungsarbeiten aus den eigenen Steuergeldern finanziert werden und für die man eine besondere Rechtfertigungs- und Offenlegungspflicht unterstellt.

Personalisierungen und die Erzeugung von Nähe zur wissenschaftlichen Quelle sind also Darstellungsformen, die helfen, den massenmedialen Diskurs über Klimawandel aufrecht zu erhalten und einem breiten Publikum nahe zu bringen. Nach wie vor spielt auch die Katastrophenmetapher eine wichtige Rolle im deutschen massenmedialen Diskurs über Klimawandel, selbst wenn in jüngster Zeit eine selbstkritische Auseinandersetzung darüber eingesetzt hat. So zeigt sich, dass sich in den Jahren 2000, 2006 und 2007 der SPIEGEL sehr häufig in seiner Berichterstattung auf die Katastrophenmetaphorik bezieht, in den anderen Jahren ist aber deutlich ein Nachlassen dieses Bezugs zu verzeichnen. Die inhaltliche Konnotation der Katastrophenmetapher ändert sich ebenfalls. Wurde sich ihrer im Untersuchungszeitraum 1975-1995 primär zur massenmedialen Konstruktion apokalyptischer Szenarien bedient, so lassen sich in den vergangenen Jahren seit 1999 zunehmend ironische Distanzierungen finden („Im Untergangsangebot sind ferner (...) Klimakatastrophe“, Der SPIEGEL 28.8.2006, „Zurzeit hat die „Klimakatastrophe“ Konjunktur.“, Der SPIEGEL 16.9.2002, „Klimakatastrophe geht auch wieder vorbei, diesen Weltuntergang werden wir auch überleben“, Der SPIEGEL 15.10.2001).

Die wissenschaftlichen Beiträge sind zunehmend von der Hypothese zum empirischen Nachweis eines bereits einsetzenden Klimawandels übergegangen. Der Klimawandel ist demnach bereits Gewissheit, nur tritt er nicht in der Form der Katastrophe ein – eine Metapher, die ihre Dominanz sowieso im Mediendiskurs und nicht im wissenschaftlichen Diskurs erlangt hat. Während wir mit unserer ersten Untersuchung die mediale Transformation einer wissenschaftlichen Hypothese in die Gewissheit der kommenden Katastrophe nachgezeichnet haben, bleibt nun zu fragen, was in den deutschen Medien nach der Katastrophe kommen wird.

Im Unterschied zu den 1990er Jahren ist die mediale Aufmerksamkeit für den Klimawandel intensiver geworden, und zu dieser Intensität gehört die

Parallelität von warnenden und skeptischen Stimmen. War der Wechsel der Medien zur Klimaskepsis in unserer Untersuchung noch eine, wenngleich ominöse, Randerscheinung, so ist sie jetzt zeitgleich mit der zustimmenden Darstellung eine sehr viel sichtbarere Variante der Berichterstattung. Inzwischen ist offensichtlich, dass es sich dabei um ein Muster handelt. Je intensiver die Berichterstattung über den anthropogenen Klimawandel, je eindeutiger die Warnungen vor einer Katastrophe, desto interessanter werden die von den Medien repräsentierten ‚skeptischen Positionen‘ zum Klimawandel. Dieses Muster medialer Berichterstattung entspricht der Nachrichtenwerttheorie. Für die Medien ist unerheblich, ob die Gewichte zwischen den Wissenschaftlern, die den anthropogenen Klimawandel für erwiesen halten und den Skeptikern, die ihn anzweifeln, ungleich sind. Für sie ist der Dissens als solcher berichtenswert. Die Darstellung der wissenschaftsinternen Diskussion entspricht dem Nachrichtenwert der Polarisierung.

Der SPIEGEL berichtete in der Woche, in der der dritte Teil des vierten IPCC Berichts (2007) erschien, aus distanzierter Beobachterposition über die Verhandlungen des Weltklimarats und stellte die widerstreitenden Positionen unter der für ihn typischen ironisierenden Überschrift „Sirenen des Weltgewissens“ dar (SPIEGEL 18, 2007, 80). Die Schuld für den ‚hysterischen Ton der Debatte‘ gab er – auch das ein übliches Muster massenmedialer Berichterstattung – den Medien selbst, als stehe er selbst außerhalb. Eine Woche später hatte das Magazin vollends die Seiten gewechselt. Mit der Comic-Zeichnung eines schwitzenden Frauenkopfs und der Sprechblase „Hilfe...die Erde schmilzt“ sowie dem eindeutigen Zusatz im roten Balken: „Die grosse Klima-Hysterie“ sollte die Aufmerksamkeit des Publikums für die Gegenposition geweckt werden (s.S. 21). Unter den Überschriften „Entspanntes Klima“ im Inhaltsverzeichnis und „Abschied vom Weltuntergang“ über dem Leitartikel wurden die Leser mit den angeblich „weit weniger dramatischen Vorhersagen“ der Computersimulationen vertraut gemacht (SPIEGEL 19, 2007, 142).

Der SPIEGEL ist mit seiner Linie der skeptischen Distanz nicht allein. In der FAZ fanden sich schon im März 2007 Überschriften wie „Ist der Klimawandel nichts als Schwindel?“ (23.3.) und „Klimawandel ist die natürlichste Sache der Welt“ (30.3.) Am 11.6.2007 strahlte der TV Sender RTL eine Diskussion aus, der die deutsche Version des BBC Films „The Great Global Warming Swindle“ vorangestellt worden war. Die Klimaskepsis hat auch schon Eingang in die populäre Literatur gefunden. In Michael Crichtons Bestsellerroman „State of Fear“ ist der Dissens unter den Klimaforschern hinsichtlich der menschlichen Verursachung des Klimawandels das zentrale Thema. Kern der Handlung ist eine von den selbsternannten Klimaschützern geplante riesige Explosion, die ihren ansonsten unhaltbaren Argumenten Nachdruck verleihen soll (Crichton 2004). Diese Phänomene haben sich zwar auch weiterhin nicht zum dominanten Diskurs in Deutschland entwickelt, sind aber – und das ist das Neue an dieser Entwicklung – auch schon längst keine Ein-

zelereignisse mehr. Auch die Häufigkeit und Intensität mit der skeptische Positionen vorgetragen werden, hat zugenommen.

Die wissenschaftliche Expertise zur Klimawandelsproblematik wird insgesamt kritischer und als weniger aussagekräftig beurteilt. Das bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass ein *Backlash* eingesetzt hat, sondern dass die Diskussion differenzierter und polarisierter geworden ist. Man traut der Klimatologie nicht mehr die alleinige Hoheit über das Wissen und die Vermittlung dessen zu. Es überrascht deshalb nicht, dass populäre Autoren die Chance nutzen, sich zu Interpretieren im öffentlichen Diskurs zu erheben. 2005 erschien ein Interview im Magazin „Der Stern“ mit Frank Schätzing (Der Schwarm, 2004), der sich zum Klimakonflikt äußert: „(Die Leute) suchen Antworten, aber sie wollen nicht einfach mehr wissen, sondern mehr verstehen. Doch wir haben heute eben keinen Galileo oder Da Vinci mehr, der die Welt als Ganzes erklärt. Alles zerfällt in Spezialgebiete, völlig unübersichtlich, und die Spezialisten verstehen einander auch nicht. Ziemlich gefährliche Entwicklung. Deshalb finden Unterhaltungsautoren wie Michael (Crichton) und ich uns zunehmend in der Position, den Leuten zumindest die groben Zusammenhänge ihres Planeten begreiflich zu machen. Auf die Wissenschaft ist da kein Verlass.“ (Der Stern, 7/2005: 44)

Journalisten stellen immer wieder die Frage, ob die Prognosen der Klimaforscher stimmen. Sozialwissenschaftler können die Kommunikations- und Kooperationsmuster der Klimaforscher untersuchen (Engels/Ruschenburg/Weingart 2005; Engels/Ruschenburg 2006; Engels 2007). Darüber hinaus können sie nur konstatieren, dass die moderne Gesellschaft keine andere Wahl hat, als sich auf die Institution der Wissenschaft zu verlassen und auf die Institutionen der Politik zu setzen, wenn es darum geht, angesichts von Warnungen die angemessenen Entscheidungen zu treffen. Unsere Ausgangsfrage ist die nach den Folgeproblemen, die sich daraus ergeben – und die ist aktueller denn je.

DER SPIEGEL

C 7007 C
Nr. 33
40. Jahrgang · DM 4,-
11. August 1986



Ozon-Loch, Pol-Schmelze, Treibhaus-Effekt. Forscher warnen

DIE KLIMA-KATASTROPHE